



Marienborn, 30. Januar 2004

PRESSEERKLÄRUNG

Arbeitsgemeinschaft fordert klare und transparente Maßstäbe sowie mehr Engagement des Bundes für Gedenkstätten von herausragender gesamtstaatlicher Bedeutung

Die Wogen um die bundesdeutsche Gedenk- und Erinnerungskultur schlugen hoch in den vergangenen Tagen. Ausgangspunkt war ein Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Federführung des Abgeordneten Günter Nooke für ein Bundesgedenkstättengesetz. Dieses sollte heute im Bundestag diskutiert werden; der Termin wurde jedoch wegen der anhaltenden Debatte auf Mitte März verschoben.

Die Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR hält es für wichtig, die entfachte Diskussion auf einer sachlichen Grundlage weiterzuführen. Im Jahr 15 nach der Friedlichen Revolution, die Mauerfall und deutsche Einheit herbeiführte, erscheint es sinnvoll, systematisch über die Topographie der bundesdeutschen Gedenk- und Erinnerungskultur zu diskutieren, die in Teilen gewachsen, ererbt, bewusst aufgebaut und auch von Zufällen geprägt ist.

Für den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft ist es unabdingbar, sich mit beiden deutschen Diktaturen auseinanderzusetzen und sie in ihren historischen wie internationalen Kontext einzuordnen. Wir halten es für selbstverständlich, dass diese dabei nicht gleichgesetzt werden. Jedem Versuch, den Holocaust und die monströsen NS-Verbrechen in ihrer historischen Einzigartigkeit zu verharmlosen, werden wir entschieden entgegentreten. Gleiches gilt auch für Bestrebungen, die Verbrechen und das Unrecht der kommunistischen Diktatur in Deutschland mit Hinweis auf den Nationalsozialismus zu bagatellisieren.

Die „Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes“, die auf den Empfehlungen der „Enquetekommission zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ basiert, ist unserer Ansicht nach ein großer Fortschritt. Bei den darin genannten Erinnerungsorten von „herausragender gesamtstaatlicher Bedeutung“ handelt es sich sowohl um Stätten des Gedenkens an die Opfer der NS-Terrorherrschaft als auch der SED-Diktatur. Wir halten es für grundlegend nötig, in Ruhe und Sachlichkeit klare und transparente Maßstäbe für die Konzeption der künftigen Gedenkstättenlandschaft zu entwickeln. Deren dezentrale Struktur sollte dabei unangetastet bleiben, da sie sowohl Ausdruck der verschiedenen Verfolgungsperioden als auch Grundlage für eine regional verortete historisch-politische Bildungsarbeit ist.

Es wäre folgerichtig und wünschenswert, dass die Bundesrepublik ein größeres finanzielles Engagement für Stätten von herausragender gesamtstaatlicher Bedeutung, die an nationalsozialistische Verbrechen und an die SED-Diktatur erinnern, übernimmt. Vorschläge dazu sollten nicht mit dem Versuch im Keim erstickt werden, die jeweiligen Verfolgungsperioden gegeneinander aufzurechnen, zu verharmlosen oder zu bagatellisieren.

Für den Koordinierungsausschuss der AG:

Dr. Joachim Scherrieble

Sprecher des Ausschusses

(Gedenkstätte Deutsche Teilung
Marienborn)

Silke Klewin

Mitglied des Ausschusses

(Gedenkstätte Bautzen)

Tobias Hollitzer

Mitglied des Ausschusses

(Gedenkstätte Museum in der
„Runden Ecke“)



Arbeitsgemeinschaft
Gedenkstätten zur
Diktatur in SBZ und DDR

c/o Herrn Dr. Joachim Scherrieble
Gedenkstätte Deutsche Teilung
Marienborn

An der BAB 2
39365 Marienborn
Tel.: (039406) 920-90
Fax: (039406) 920-99
Mail: Joachim.Scherrieble@lvwa@lsa-net.de

Die AG Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR

In der Arbeitsgemeinschaft haben sich Gedenkstätten zusammengeschlossen, die sich der Aufarbeitung, Dokumentation und Erinnerung an politisches Unrecht in der SBZ/DDR und an die Folgen der Deutschen Teilung verpflichtet fühlen. Gegründet wurde die AG am 23.11.2001 in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Die Kooperation ermöglicht einen intensiven Ideenaustausch und gemeinsame Projekte.

Weitere Intension für die Gründung der AG waren der regelmäßiger Austausch und gemeinsam entwickelte Projekte der Vielzahl von Gedenkstätten zur politischen Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR sowie zu den Folgen der deutschen Teilung. Das zunehmende Interesse der Öffentlichkeit an den historischen Erinnerungsorten an die zweite deutsche Diktatur wächst, die Besucherzahlen steigen vielerorts. Mit Gründung der Arbeitsgemeinschaft ist ein Netzwerk geschaffen, in dem sich die Beteiligten regelmäßig über Standards der Gedenkstättenarbeit in den Arbeitsfeldern Arbeitsfelder Archive, Bibliotheken, Objektinventarisierung, Zeitzeugen und Gedenkstättenpädagogik austauschen können. Die Mitglieder der AG vertreten außerdem gemeinsame Interessen nach außen.

Die an der AG beteiligten Gedenkstätten verfolgen gemeinsam das Ziel, auf ihrem Themengebiet eine demokratische Erinnerungskultur zu fördern. Alle diese Einrichtungen befinden sich an historischen Orten. Sie sind gleichzeitig Denkmal, Ort des Erinnerns, Trauerns und Gedenkens sowie Ort der historisch-politischen Bildung.